

Leitartikel

Austria statt Australia

Marktmechanismen lassen sich mit Herkunftsbezeichnungen nicht außer Kraft setzen. Doch im Wettbewerb wären sie ein starkes Signal für Regionalität und für ein nachhaltiges Umdenken. Auch für das Klima und die heimischen Bauern.

Von Peter Nindler

Wer Regionalität ernst nimmt, muss sie unbeirrt und konsequent umsetzen. Sicher nicht missionarisch oder engstirnig, weil nicht alles, was auf den Teller kommt, in Tirol bzw. Österreich produziert werden kann. Die eingefahrene Denkweise beim schon seit Jahren andauernden politischen Streit um die Herkunftsbezeichnung muss jedoch endlich geändert werden. Eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung für Lebensmittel ist nämlich kein Strafzettel, vielmehr eine kulinarisch-geografische 1-G-Regel: der so genannte Genuss-Pass. Wenn das Schnitzel vom oberösterreichischen Strohschwein stammt, soll es so gekennzeichnet werden. Dasselbe gilt

für das Steak aus Argentinien. Ohne schalen Beigeschmack.

Warum tut sich die Wirtschaftskammer als Vertreterin der Gastronomie und Hotellerie damit so schwer? Weil sie Wettbewerbsnachteile befürchtet? Doch das wäre ein Widerspruch in sich selbst. Hunderte Wirte haben ihre Speisekarte bereits freiwillig angepasst und kommen so dem Wunsch vieler Gäste nach. Aber australisches Rindfleisch in einem Bergrestaurant in Tirol muss derzeit nicht als solches gekennzeichnet werden. Unabhängig vom Gusto, weil Geschmäcker ja bekanntlich verschieden sind: Australia in einer heimischen Bratpfanne auf der Alm passt irgendwie nicht zur Bergidylle und damit weder zum alten noch zum neuen Weg im Tiroler Tourismus.

Regionalität, Wertschätzung gegenüber den heimischen Bauern mit fairen Preisen für ihre Produkte und eine angemessene Abgeltung ihrer Arbeit für den Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft sind das eine. Hinter Regionalität steckt freilich ein notwendiger Gesinnungswandel, der einen Mehrwert sowohl für die regionale Wertschöpfung als auch für den Klimaschutz ergibt. Schließlich versalzt einem der ökologische Fußabdruck von australischem Fleisch gehörig die Klimabilanz. Für eine in der „All in“-Mentalität aufgewachsene Generation ist der Verzicht jedoch schwer verdaulich.

Deshalb darf die Blauäugigkeit nicht zum Maßstab werden. Österreich exportiert ebenfalls Lebensmittel, internationale Handelsabkommen bieten immerhin Produkt-

und Geschmacksvielfalt. Wiewohl man sich stets die Frage stellen muss, zu welchem Preis; wenn der Regenwald abgeholzt und Landarbeiter ausgebeutet werden. Und sich hinter australischem Fleisch eine industrielle Landwirtschaft verbirgt.

Die Marktmechanismen lassen sich nicht außer Kraft setzen, die Herkunftsbezeichnung könnte hingegen ein Markenzeichen sein. Ein Geschmacksverstärker oder unbürokratisches Zeichen für Austria statt Australia in Tirol.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 5

peter.nindler@tt.com



Gastkommentar

Der weite Blick von Paris

Von Günther Pallaver

Vor 75 Jahren, am 5. September 1946, unterzeichneten Österreichs Außenminister, der Tiroler Karl Gruber, und Italiens Ministerpräsident, der Trentiner Alcide De Gasperi, den Pariser Vertrag. Dieser bildet die Grundlage für die Südtiroler Autonomie und den Minderheitenschutz der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung.

Der Vertrag war ein Kompromiss, für den alle einen Preis bezahlen mussten. Österreich verzichtete auf die Rückkehr Südtirols, Italien verzichtete auf die volle Souveränität über einen Teil seines Staatsgebietes, Südtirol verzichtete de facto auf das Selbstbestimmungsrecht. Bei allen Problemen, die sich bei der Umsetzung der Autonomie ergaben, blickte das Abkommen bereits damals weit in die Zukunft und kehrte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges der Logik absoluter nationaler Souveränität den Rücken. Österreich und Italien tragen heute „gemeinschaftlich“ Verantwortung für die Autonomie Südtirols.

Auf dem Pariser Vertrag baut das Zweite Autonomiestatut von 1972 auf. Basis und Gebäude der Autonomie sind eine Erfolgsgeschichte. Doch nach 50 Jahren müsste das Statut einer Revision unterzogen werden. Es fehlen weiter reichende Regelungen der Provinz Bozen über ihre Beziehungen zum Staat, zur Region Trentino-Südtirol, zur Europaregion, zu Europa und letztlich zu Österreich.

Der Pariser Vertrag blickte vor 75 Jahren in die Zukunft, dasselbe sollte auch das Autonomiestatut tun.



Guenther.Pallaver@uibk.ac.at

Günther Pallaver war Professor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck.

Frage des Tages (1550 Teilnehmer)

Sollen LehrerInnen und KindergartenpädagogInnen, die nicht geimpft/genesen sind, weiter unter 12-Jährige unterrichten bzw. betreuen dürfen?

58% Nein. Kinder verdienen den bestmöglichen Schutz vor einer Corona-Infektion in Schule und Kindergarten.

24% Regelmäßiges Testen des Bildungspersonals ist für mich ausreichend.

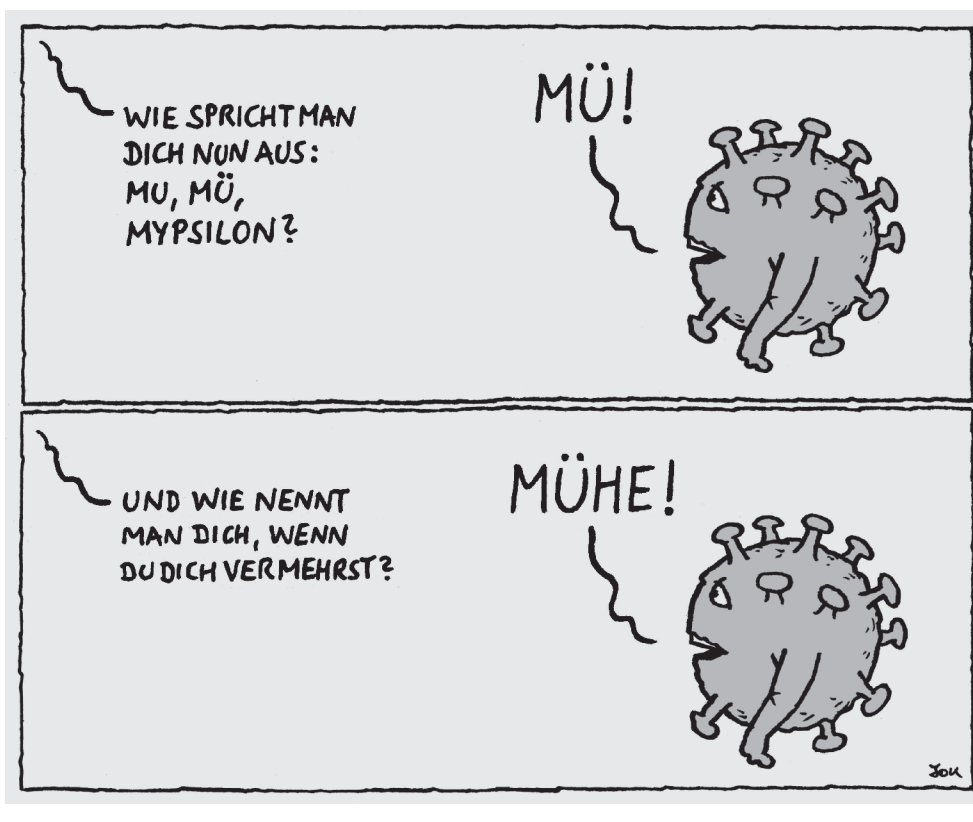
18% Kinder stecken Corona eh leichter weg, ob Bildungspersonal geimpft/genesen ist, ist mir egal.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com



Karikatur

„Die neue Mutation“



Karikatur: Daniel Jakesch; Fotos: gepa

Kopf des Tages

Der Willi lacht und der Franco grübelt

Willibald Rutensteiner und Franco Foda (Fußball-Teamchef von Israel bzw. Österreich)

Einer, so hat schon Horst Chmela gesungen, hat immer das Bumerl. Und den Schiefer zog sich bei der peinlichen 2:5-Pleite in Israel ÖFB-Teamchef Franco Foda ein, während sein Gegenüber Willibald Rutensteiner zu Recht von einem großen Tag für den israelischen Fußball sprechen durfte. Dass Israel in Gruppe F mit drei Punkten Vorsprung auf Österreich auf Rang zwei liegt, lässt den Willi wohl nicht nur im stillen Kämmerlein lachen. Erlebte er Israels 4:2-Sieg in der EM-Quali im März 2019 noch als Sportchef mit, durfte er dieses Mal auf der Trainerbank an vorderster Front feiern. Rutensteiner war zwischen 1999 und 2017 beim ÖFB (davon 16 Jahre als Sportdirektor) engagiert, stellte auch im Nachwuchs („Der Österreichische Weg“) erfolgreiche Weichen, ehe es zu einer keinesfalls amikalen Trennung kam. Im Tagesgeschäft muss sich der 57-jährige Oberösterreicher vor dem Spitzenspiel in Dänemark (Dienstag) die Frage stellen, wie sein Team bei all den Torjäger-Qualitäten auch viel besser verteidigt.

Vor Franco Foda türmen sich vor dem Schottland-Heimspiel weit mehr Fragen auf. Wo ist die defensive Stabilität in der WM-Qualifikation (schon zwölf Gegentreffer) geblieben? Warum fiel der Spannungsbogen nach der durchaus erfolgreichen EM-Endrunde so ab? Wie lassen sich die zahlreichen Ausfälle kompensieren? Wie steht's um die eigene Zukunft, wenn der ÖFB-Elf nicht Platz zwei in dieser Gruppe gelingt? Mit Systemdiskussionen zog ORF-Experte Roman Mählich dem großteils besonnenen 55-jährigen Deutschen am späten Samstagabend den Nerv. Foda, Meister (2011) wie ÖFB-Cupsieger (2010) mit Sturm Graz, weiß, dass er vor der anstehenden Präsidentschaftswahl beim ÖFB ganz rasch Ergebnisse liefern muss. (lex)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 27



Analyse

Mehr Kontrolle, um wieder Vertrauen zu gewinnen

Von Benedikt Mair

Die Kirche in Österreich kann ihre Hände schon lang nicht mehr in Unschuld waschen. Zahlreiche Berichte und Untersuchungen machen das unmöglich. Es gab und gibt Missbrauch und massive Gewalt in ihrem Umfeld, in von ihr betriebenen Einrichtungen, allen voran gegenüber Kindern, Jugendlichen, besonders schutzbedürftigen Menschen. Selbst die meisten Würdenträger haben das inzwischen begriffen – Gott sei Dank. Vor mehr als zehn Jahren wurden deshalb Richtlinien erlassen, die den Umgang mit verdächtigen Fällen und Opfern regeln. Nach und nach finden auch Präventionsmaßnahmen Einzug in den katholischen Alltag. Der eingeschlagene Weg muss aber schneller beschritten werden.

Es ist ein dorniger Weg, den sich die österreichische Kirche auferlegt hat. Gegen allzu einschneidende Reformen ist der

Widerstand in ihren Reihen traditionell besonders groß. Dass für Betroffene von Missbrauch und sexueller, psychischer, spiritueller Gewalt in allen Pfarrbezirken eigene Anlaufstellen eingerichtet wurden, eine unabhängige Kommission über Schuldigkeit und etwaige Schmerzensgelder entscheidet – das erleichtert es den vielen Leidtragenden, Gerechtigkeit einzufordern. Ob das verspielte Vertrauen allein damit zurückgewonnen werden kann, ist fraglich.

Wer in der Diözese Innsbruck hauptamtlich angestellt ist oder werden will, muss einen Strafrechtsauszug vorlegen – so soll verhindert werden, dass Menschen, die beispielsweise wegen pädophiler Taten belangt wurden, aus beruflichen Gründen in die Nähe von Kindern kommen. Mitarbeiter werden im Umgang mit dem Thema geschult, Freiwillige in Zukunft ebenso. Auch diese Ehrenamtlichen haben oft mit den Kleinen und Kleinsten zu tun – etwa in der Jungschar. Kirchenintern ist die Diskussion entbrannt, ob nicht auch sie ein Zeugnis über potenzielle Vorstrafen abgeben sollten. Dagegen gibt es Widerstand. Die Verantwortlichen sollten ihn brechen, auch um zu signalisieren: Wir nehmen das, was passiert ist, ernst.



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 5

benedikt.mair@tt.com